

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) den Schülerzahlen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion **abgelehnt** worden.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 05** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/805**. Wer der Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 05 entsprechend der Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen** worden.

Wir kommen dann zu **Nummer 4**:

Einzelplan 03: Innenministerium

Dazu verweise ich auf Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/803.

- (B) Wer möchte das Wort ergreifen? - Herr Kollege Paus für die Fraktion der CDU.

Heinz Paus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jedes Jahr das gleiche Ritual bei der zweiten Lesung des Haushalts: Spätestens nach der dritten Runde des ersten Tages nimmt unsere Veranstaltung eher kafkaeske Züge an. Der Redner bemüht sich - wie ich das jetzt auch mit lädiertes Stimme tun will -, noch Interesse für seine Ausführungen zu wecken. Im fast leeren Saal sind die verbliebenen Abgeordneten.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

- Ja, meine Damen und Herren, er wird sich im Laufe meiner Rede - das war mir schon klar - wieder leeren.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotzdem bekommt diese Tagesordnung heute zudem zum üblichen Ritual, das wir nach meiner Auffassung ändern sollten, absurde Züge dadurch,

daß wir hier über etwas diskutieren, von dem wir alle nicht wissen, ob es in der nächsten Woche noch Bestand haben wird.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Matthiesen, spätestens seit den Redebeiträgen von Frau Landsberg und Herrn Busch am gestrigen Morgen bin ich mir übrigens auch nicht mehr so sicher, ob sich die SPD tatsächlich noch wünscht, daß der Parteitag für den Fortbestand dieser Koalition stimmen wird. Denn hier - um mit einem geflügelten Wort zu sprechen - ist zusammen, was nicht zusammen paßt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Nach diesen Vorbemerkungen zum Bereich Innere Verwaltung: Ich spreche bewußt nicht detailliert zum Einzelplan 03, weil dieser Einzelplan, wie er jetzt vorliegt, möglicherweise nächsten Montag schon Makulatur ist. Ich nutze lieber die Redezeit zu einer ersten Bilanz der Politik der Koalition im Bereich der inneren Sicherheit, zu einer ersten Bewertung der Arbeit des Innenministers.

Herr Innenminister, diese erste Bilanz fällt mager aus. Sicher: Sie haben - aus unserer Sicht erfreulich - einige neue Akzente gesetzt - das will ich auch ganz bewußt ansprechen -, zum Beispiel mit der Präsentation der Langfassung der polizeilichen Kriminalstatistik. Sie haben mit Ihrer detaillierten Aufschlüsselung der Ausländerkriminalität, besser: dem Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an der polizeilichen Kriminalstatistik, die Dinge konkret beim Namen genannt, anders als Ihr Vorgänger, der eher zum Verdrängen oder zum Schönreden neigte.

Wir begrüßen diese Offenheit auch zum Beispiel bei der konkreten Aufschlüsselung der Täterschaft bei politisch motivierten Gewalttaten. Wenn über 56 % dieser Gewalttaten auf ausländische Extremisten zurückzuführen sind,

(Marianne Hürten [GRÜNE]: Hetzel!)

dann sehe ich hier konkrete Aufgaben für unsere Ausländerämter.

Auch Ihre Aufschlüsselung der Tatbeteiligung von Arbeitslosen war aufschlußreich. Die Quote ist rückläufig und widerlegt das Vorurteil, daß Arbeitslosigkeit immer auch zu höherer Kriminalität führen muß.

(Marianne Hürten [GRÜNE]: Die arbeitslosen Ausländer sind es also, oder was wollen Sie damit sagen?)

(C)

(D)

(Paus [CDU])

- (A) Auch die Akzente, die Sie nach den gewalttätigen Kurdemonstrationen gesetzt haben, Herr Innenminister - darüber werden wir morgen früh ja noch mit Ihnen diskutieren -, unterscheiden sich erfreulich von dem, wie wir häufig fanden, Wischiwaschi Ihres Vorgängers oder der PKK-Nähe von Siggí Martsch, wie wir sie hier schon mehrfach erlebt haben.

(Zustimmung des Lothar Hegemann [CDU] - Gisela Nacken [GRÜNE]: Das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf!)

Wir können uns kaum vorstellen, daß das alles mit Herrn Appel abgestimmt war. Vielleicht haben Sie, Herr Innenminister, zur Zeit gewisse Freiräume, weil Herr Appel ständig als Feuerwehrmann in Sachen Koalition unterwegs ist.

(Gisela Nacken [GRÜNE]: Reden Sie mal zum Haushalt! - Jamal Karsli [GRÜNE]: Haushalt! Keine Ausländerhetze!)

Wenn man von diesen eher verbalen Akzenten, Frau Kollegin Nacken, absieht, ist die Bilanz im übrigen eher dürftig.

Schauen wir uns zunächst die Koalitionsvereinbarung an, die Sie mit diesem Haushalt ja ein erstes Stück umsetzen wollen. Da ist von den tatsächlichen Problemen, die die Menschen unseres Landes drücken, so gut wie nicht die Rede. Kein Wort von der ständig steigenden Kriminalität. Kein Wort von der Personalmisere der Polizei. Glaubt man der Koalitionsvereinbarung und schaut man sich die Prioritätenliste an, dann ist das zentrale Problem unseres Landes ein Vielzuwenig an Datenschutz. Man fragt sich, wo die leben, die diese Prioritätenliste aufgestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Hätten Sie, Herr Innenminister - ich denke, daß Sie an diesem Bereich der Koalitionsvereinbarung zumindest beteiligt waren -, zu diesem Thema einmal Ihren Dortmunder Ortsverein oder Ihre Wähler befragt, hätte man Ihnen schon die richtige Tagesordnung für die Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen genannt. Die Bürger sehen sich nicht durch den Staat bedroht, die Bürger erwarten, daß ein starker Staat und eine mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattete Polizei wirklich Schutz vor Kriminalität bieten.

(Beifall bei der CDU)

Und welche Antwort geben Sie in der Koalitionsvereinbarung? - Noch mehr Datenschutz, noch stärkere Selbstbeschränkung des Staates und der staatlichen Strafverfolgung.

Die Bürger wollen mehr polizeiliche Präsenz. Ihre Antwort: Zusätzliches Personal gibt es nicht. Dafür bieten Sie Patentrezepte an wie zum Beispiel Namensschilder für die Polizei oder Verzicht auf Rangabzeichen. - Das wird es sicherlich richten.

Meine Damen und Herren, jede Koalition überlegt sich, mit ihrem ersten Gesetzentwurf ein Signal für ihre Politik im jeweiligen Politikfeld zu setzen. Was ist das erste Gesetzesvorhaben dieser Regierung im Bereich der inneren Sicherheit? - Da ist Ihnen das Diskriminierungsverbot für die Polizei eingefallen. Nicht daß wir uns hier falsch verstehen: Bei diesem Gesetzentwurf geht es nicht darum, daß die Polizei vor Diskriminierung geschützt werden soll. Nach den Entwicklungen der letzten Jahre hätte ich sogar verstanden, wenn man sich zu einem solchen Gesetzentwurf bekannt hätte.

(Beifall bei der CDU)

Nein, die Landesregierung meint, daß es das vorrangigste Gebot der Stunde im Bereich der inneren Sicherheit sei, unserer Polizei zu verbieten, Ausländer und zum Beispiel gleichgeschlechtlich Orientierte zu diskriminieren.

Meine Damen und Herren, damit wir uns da richtig verstehen: Die Union steht zu Artikel 3 Grundgesetz,

(Zurufe des Heinz Hunger [SPD] und des Dr. Bernd Brunemeier [SPD])

dem Gleichbehandlungsgrundsatz, der für uns hohen Rang hat. Darum geht es hier aber nicht.

(Gisela Nacken [GRÜNE]: Darum geht es!)

Hier wird in Vollzug der Koalitionsvereinbarung - Frau Nacken, ich denke, daß Sie ganz gewaltig darauf bestanden haben, daß das so passieren soll - der Polizei unseres Landes als einzigem Zweig der Landesverwaltung ausdrücklich ins Stammbuch geschrieben, sie soll es nun endlich kapieren, daß sie nicht diskriminieren darf. Keine vergleichbare Regelung im Schulbereich, in der Finanzverwaltung oder im Strafvollzug - ausschließlich der Polizei wird hier faktisch der Vorwurf gemacht, bei ihr bestehe ein dringendes Bedürfnis, einmal auf dieses Diskriminierungsverbot hinzuweisen.

(C)

(D)

(Paus [CDU])

- (A) Herr Innenminister, im Innenausschuß haben Sie sich bei dieser Debatte dezent zurückgehalten. Ich habe das verstanden.

(Edgar Moron [SPD]: Er hat es richtig verstanden!)

Damit kommen Sie draußen, denke ich, nicht durch. Erklären Sie der Polizei unseres Landes die Notwendigkeit zu einer solchen faktischen Diskriminierung!

(Beifall bei der CDU)

Und ein zweites, Herr Innenminister! Wir reden alle vom schlanken Staat, vom Prinzip der Ortsnähe, dem Abbau der Hierarchien in der Verwaltung. - Herr Kollege Britz als zuständiger Sprecher unserer Fraktion hört ganz aufmerksam zu. - Jede Forderung nach mehr Personal bei der Polizei wird vom Innenminister mit einem finanzpolitischen Offenbarungseid geblockt. Da gibt es sogar ein Gutachten, das eine radikale Verkleinerung des Innenministeriums verlangt. Und was machen Sie? - Sie holen exakt im Widerspruch zu allen diesen Empfehlungen Einzelfälle ins Ministerium und blähen die ohnehin nach Gutachten demnächst zu verkleinernde Behörde Innenministerium zusätzlich auf.

- (B) "Härtefallkommission" heißt die Einrichtung, die gleichzeitig eine öffentliche Ohrfeige für das Parlament ist. Da sollen also von Behörden, Verwaltungsgerichten und vom Petitionsausschuß geprüfte Fälle von Abzuschiebenden nochmals mit großem personellen und - darauf kommt es ja wohl an - zeitlichen Aufwand geprüft werden. Mit diesem Instrument bescheinigen Sie dem Petitionsausschuß dieses Hauses, daß er anscheinend unfähig ist, echte Härtefälle zu erkennen.

(Blödsinn! von der SPD)

Sie machen auch die Mitarbeiter in den Ausländerämtern, die nach Recht und Gesetz handeln, öffentlich zu Watschenmännern.

(Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie von diesen Sachbearbeitern künftig noch konsequentes Handeln verlangen, wenn man ihnen öffentlich durch die Härtefallkommission bescheinigt, sie hätten unsensibel und damit in diesem Zusammenhang ja wohl unmenschlich gehandelt und entschieden.

Wenn das Schule macht, Herr Innenminister, wird es künftig sicherlich im MAGS eine Härtefallkommission für Sozialhilfeempfänger geben und im

Justizministerium eine Härtefallkommission für diejenigen, die mit gerichtlichen Entscheidungen des Landes nicht einverstanden sind; Ihnen wird für die Gespräche mit den GRÜNEN sicherlich einiges einfallen, wenn es denn weitergehen soll. Eine weitere Kommission wird es sicherlich im Finanzministerium für Steuerzahler geben, die sich ungerecht behandelt fühlen. In dieser Kommission könnten wir dann ja auch den Bund der Steuerzahler einsetzen.

(Zuruf des Ministers Franz-Josef Kniola)

Also: Das Spektrum ist breit.

Meine Damen und Herren, die Härtefallkommission gibt keinen Sinn. Sie ist ein Fremdkörper in unserem Verwaltungsaufbau. Die Kommunen erklären zu Recht, das ist rechtswidrig, was Sie dort tun.

(Beifall bei der CDU)

Für diese Kommission, mit der Sie im übrigen den Asylkompromiß unterlaufen und die Kommunen wieder einmal mit zusätzlichen Kosten belasten, gibt es nur eine einzige Begründung: Sie konnten sich im Bereich der Abschiebungen nicht einigen und sind auf die Kommission als koalitionspolitisches Konfliktlösungsmittel verfallen.

Ich könnte die Aufzählung fortsetzen, z. B. mit der Tatsache, daß wir seit etwa einem Jahr darauf warten, wie denn das Innenministerium sich zu dem Gutachten Kienbaum und zu dem Gutachten Wibera stellt. Da geht es immerhin um 6 000 Stellen, wo nach Meinung der Gutachter Polizeibeamte besser und anderweitig eingesetzt werden können.

Ich will aber meine Redezeit und vor allem meine ziemlich lädierten Stimmbänder nicht überstrapazieren.

(Zuruf von der SPD)

Eines lassen Sie mich jedoch zum Schluß noch sagen, Herr Innenminister! Wir werden Ihre Politik nicht an Ihren zugegeben realistischeren Worten, sondern an Ihren Taten messen, und da stehen zur Zeit Worte und Taten noch in erheblichem Widerspruch zueinander. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Als nächstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Frechen das Wort.

(A) **Stefan Frechen (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Paus, Sie sind für eine Überraschung gut.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist wahr!)

Ich kenne Sie als seriösen Mann, ja, das kann man nicht oft genug wiederholen, der sich normalerweise sachorientiert mit dem Einzelplan 03 auseinandersetzt; denn dieser stand heute hier zur Diskussion. Aber zum Haushalt haben Sie kein einziges Wort gesagt. Sie haben noch nicht einmal auf Ihre eigenen Anträge Bezug genommen; sie waren Ihnen offensichtlich nicht wichtig genug. Statt dessen, Herr Kollege Paus - und das bedaure ich -, greifen Sie hier zum Mittel der Diffamierung. Sie diffamieren einen Landtagskollegen als Gesinnungsfreund der PKK.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf das von dieser Stelle ausdrücklich zurückweisen. Das ist nicht der Stil des Hauses, und ich wundere mich - ich sage dies auch ganz offen an die Adresse des Herrn Präsidenten, obwohl mir das nicht zusteht -, daß das von oben nicht gerügt worden ist.

(B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Frechen, da kann ich Sie beruhigen, damit Sie sich gar nicht erst in die Gefahr begeben, sich hier zur Amtsführung des Präsidenten zu äußern. Wir haben inzwischen eine Prüfung des Protokolls veranlaßt.

Stefan Frechen (SPD): Ich bedanke mich und entschuldige mich, Herr Präsident.

Herr Kollege Paus, ich darf vielleicht auf zwei, drei Punkte eingehen, die Sie erwähnt haben.

Die erhöhte Kriminalität von Ausländern haben Sie wiederholt hier vor diesem Plenum ausgebreitet. Ich finde das schofel, und es dient nicht der Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, daß Sie immer wieder diese Platitüden hier vortragen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich meine, Sie tun auch sich und Ihrer Partei keinen Gefallen damit. Auch das weise ich zurück.

Zum Diskriminierungsverbot! Sie haben darauf hingewiesen, daß es den Diskriminierungsstatbestand bereits im Grundgesetz gibt, daß auch ins Landesbeamtengesetz dieses Diskriminierungs-

(C) verbot eingeführt worden ist und in allen einschlägigen Gesetzen der einzelnen Berufsgruppen peu à peu eingeführt wird. Es ist reiner Zufall, daß es jetzt die Polizei als erste trifft. Es ist keine Diskriminierung der Polizei, sondern es ist eine Verstärkung dessen, was im Grundgesetz steht. Das wissen Sie auch. Darüber haben wir im Ausschuß schon gesprochen.

Vielleicht noch einen Hinweis zur Härtefallkommission! Ich nehme an, daß die Kollegen von den GRÜNEN darauf nachher näher eingehen werden. Sie wissen ganz genau, daß entweder die Härtefallkommission oder der Petitionsausschuß angesprochen wird, nicht, daß die Ergebnisse des Petitionsausschuß in der Härtefallkommission nochmals verhandelt werden. Aber das haben Sie ja offensichtlich auch wider besseres Wissen gesagt.

Nun zum Haushalt, zum Einzelplan 03! Meine Damen und Herren, die klassischen Bereiche des Innenhaushalts stehen unter der Überschrift Konsolidierung wie auch der Gesamthaushalt im wesentlichen. Nur im neu hinzugekommenen Bereich Asyl gibt es Zuwächse; aber ich nehme an, daß sich darauf die grünen Kollegen in den nachfolgenden Beiträgen noch näher erklären wollen. Es sind ja zum Teil Ihre eigenen Projekte, liebe grüne Freunde. Es wird interessant sein zu erfahren, ob Sie, wenn diese wichtigen Projekte, die wir gemeinsam mit Ihnen tragen, hinter denen wir auch stehen, in der dritten Lesung passieren lassen werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für die Menschen, die davon nachhaltige Verbesserungen ihrer Lebenssituation erfahren.

(D)

Ein weiteres wichtiges Signal des Haushalts ist die Aufstockung des Härtefonds zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus. Auch da geht es um Menschen, die unsägliches Leid erfahren haben und denen ich wünsche, daß durch die Erhöhung und die Inanspruchnahme laufender Leistungen das nicht an kleinlichen Überlegungen scheitert. Aber darüber werden Sie ja sicher noch zu beraten haben.

Der Kollege Paus hat von der bisherigen Bilanz des Innenministers gesprochen. Ich nehme an, daß der Innenminister dazu gleich selber Stellung nehmen wird. Aber, Herr Kollege Paus, Sie haben mit keinem Wort erwähnt, daß der Innenhaushalt in den vergangenen Jahren insbesondere in bezug auf die innere Sicherheit, insbesondere bezogen auf die Position der Polizei einen qualitativ gewaltigen Sprung nach vorn getan hat. Das wird allgemein anerkannt, auch von der Polizei. Und Sie

(Frechen [SPD])

(A) sprechen von einer Misere der Polizei. Das sind doch Wahrnehmungsdefizite, die Sie haben. In welcher Welt leben Sie denn eigentlich?

Die Polizei ist nach Maßgabe der Situation, in der wir uns befinden, hochzufrieden mit dem, was in den letzten Jahren für sie erreicht worden ist.

(Lachen bei der CDU)

Da sprechen Sie von einer Misere der Polizei? Es ist nicht zu glauben.

(Zurufe von der CDU)

Allerdings darf ich da auch ein Signal an die GRÜNEN geben. Gestern waren Kolleginnen und Kollegen von der Polizei hier, die sich über das, was wir in den vergangenen Jahren gemeinsam beschlossen hatten, positiv äußerten. Sie wissen, das ist ein Programm, das bis 1997/98 läuft - Strukturmaßnahmen im Bereich der Besoldung und Versorgung, aber auch hinsichtlich der Laufbahnstrukturen. Da stehen 2 500 Beförderungen vom Hauptmeister zum Kommissar und es stehen 1 750 Beförderungen vom Obermeister zum Hauptmeister an. Die Kollegen haben mich gefragt: Wann wird denn das über die Bühne gehen? Wir dachten an sich, diese uns zugesagten Beförderungen wären schon längst ausgesprochen. - Herr Kollege Appel, ich habe sie darauf verwiesen, daß das alles unter der Voraussetzung der Haushaltsgenehmigung steht und daß sie sich am 20. März diesbezüglich in diesem Landtag erkundigen könnten, wie denn die Abstimmungen im einzelnen verlaufen.

(B)

(Zurufe von der CDU)

Ich sage also den grünen Freunden von der Polizei: Wendet euch an die grünen Freunde von den GRÜNEN. Die können das sicherstellen. Wir sind der Auffassung schon seit langem. Wir sind der Auffassung schon seit langem. Wir werden diese Position für die Polizei in diesem Hause auch durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Paus, es reizt mich natürlich, jetzt im einzelnen zu sagen, was alles für die Polizei geleistet worden ist. Aber ich weiß, daß Sie das wissen. Ich will dem Hohen Hause nicht all das noch einmal vortragen, was von dieser Stelle aus von den verschiedenen Fraktionen zu unterschiedlichen Anlässen gesagt worden ist.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Frechen, ich muß Sie einmal unterbrechen. Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Appel zulassen?

(C)

Stefan Frechen (SPD): Herr Präsident, gerne, wenn es mir nicht auf die Zeit angerechnet wird. Ich bin ohnehin durch den Kollegen Paus manuskriptmäßig etwas im Hintertreffen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Das ist so.

Stefan Frechen (SPD): Das ist liebenswürdig. Ich bedanke mich.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte, Herr Kollege Appel!

Roland Appel (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Frechen, sind wir uns einig darüber, daß wir in unseren jeweiligen Parteien das unsrige dazu tun wollen, daß der Koalitionsvertrag in allen seinen Punkten eingehalten wird, und es uns gemeinsam ermöglichen, insbesondere bei den Stellenanhebungen der Polizei dafür zu sorgen, daß dieser gut ausgehandelte Haushalt so schnell wie möglich über die Bühne kommt?

(D)

Stefan Frechen (SPD): Selbstverständlich, Herr Kollege Appel. Aber ich habe da so meine außerparlamentarischen Erfahrungen, wenn ich die einmal ansprechen darf. Meine Frau sagt immer: "Auch wenn du recht hast - du mußt auch einmal etwas zugeben können."

(Dr. Hisham Hammad [GRÜNE]: Ganz genau! Machen Sie das so!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, der auch im Verantwortungsbereich des Einzelplans 03 liegt und der für uns alle sehr wichtig ist: Es ist die Frage der Verwaltungsmodernisierung. Wir haben hier ja weitestgehend Einverständnis zwischen den Fraktionen, daß die Landesverwaltung modernisiert werden muß. Wir sind uns über die Ursachen, die diese Modernisierung notwendig machen, einig:

(Frechen [SPD])

- (A) Das sind einmal wirtschaftliche Gründe, das sind finanzielle Gründe, das sind auch Gründe, die bei den Bediensteten selbst liegen, aber auch in Ansprüchen begründet sind, die die Bürgerinnen und Bürger an eine moderne Verwaltung stellen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Frechen, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Stefan Frechen (SPD): Ja, selbstverständlich. Ich will Herrn Paus nicht schlechter stellen als Herrn Appel. Das wird sonst falsch verstanden.

Heinz Paus (CDU): Herr Kollege Frechen, nachdem Sie gerade das Hohelied des Lobes der Gewerkschaften auf diese Landesregierung gesungen haben: Wie würden Sie denn das Flugblatt der GdP werten, das uns gerade zugegangen ist? Überschrift: "Gewerkschaft der Polizei: Das ist ein falsches Spiel. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefährden mit Klientelpolitik die innere Sicherheit." Was sagen Sie denn dazu?

- (B) **Stefan Frechen (SPD):** Es wird dort, Herr Kollege Paus, auf Hintergründe abgestellt, die ich im einzelnen nicht kenne. Ich müßte sie überprüfen. Es wäre fahrlässig, von dieser Stelle dazu spontan eine Stellungnahme abzugeben. So, wie es dort in dem Flugblatt dargestellt ist, wären meines Erachtens die GRÜNEN erklärungs-pflichtig und nicht die SPD-Fraktion.

(Roland Appel [GRÜNE]: Der Kollege Ham-mad wird das schon machen!)

- Gut.

Zurück zur Verwaltungsmodernisierung! Wir haben uns im letzten Drittel der vergangenen Legislaturperiode, aber auch in den ersten zehn Monaten dieser Legislaturperiode sehr intensiv mit Fragen der Verwaltungsmodernisierung beschäftigt. Ich will drei oder vier Punkte nennen, die wichtig sind und von denen ich glaube, daß wir darin fraktionsübergreifend zu positiven Ergebnissen kommen können.

Das ist einmal die Frage der inneren Verwaltungsorganisation. Hierzu ist in der letzten Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform ein Kriterienkatalog beschlossen worden, nach dem im wesentlichen die innere Verwaltungsorganisation von den Ministerien und nachgeordneten Be-

hörden umgesetzt werden soll. Die entsprechenden Verwaltungen werden in regelmäßigen Abständen dem Parlament beziehungsweise dem Ausschuß berichten.

Wo wir - neben Pauschalierungen, neben Standardabbau, neben Verkürzung und effizienterer Gestaltung von Genehmigungsverfahren - unsere Hausaufgaben erst in Ansätzen gemacht haben, das ist die äußere Verwaltungsstruktur. Hier haben wir die Hauptarbeit noch vor uns. Ich sage einmal als Stichwort: Was machen wir mit den Mittelinstanzen?

Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen der CDU-Opposition und den Koalitionsfraktionen. Wir wollen eine Mittelinstanz mit Bündelungsfunktion beibehalten. Im wesentlichen sind das die Bezirksregierungen. Bei einem Land von der Größe Nordrhein-Westfalens geht das nicht anders. Sie sagen: Wir sind auch an einer Mittelinstanz interessiert, aber es müßten regional organisierte Verwaltungen sein. So haben Sie sich in Ihrem letzten Antrag ausgedrückt. Dazu sagen wir ganz deutlich: Wir sind anderer Auffassung; denn regional organisierte Verwaltungen mit parlamentarischer Unterfütterung - so unterstelle ich -, also mit gewählten Repräsentanten aus den Regionalbereichen, würden dazu führen, daß weitestgehend Aufgaben des Landtags auf diese regional organisierten Verwaltungen übertragen werden. Damit, meine Damen und Herren von der CDU, führen Sie letztlich eine Selbstverständnisdebatte dieses Landtags. Das wird natürlich eine ganz interessante Diskussion, die wir hier führen werden.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Frechen, wollen Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Paus zulassen?

Stefan Frechen (SPD): Aber selbstverständlich!

Heinz Paus (CDU): Herr Kollege Frechen, die Konsequenzen, die Sie jetzt aus unserem Antrag ziehen, haben wir nicht intendiert.

Stefan Frechen (SPD): Steht aber drin.

Heinz Paus (CDU): Ich wollte Sie aber etwas zur Mittelinstanz bei der Polizei fragen. Sind Sie denn

(C)

(D)

(Paus [CDU])

- (A) der Auffassung, daß sich die erhebliche Ausweitung auf dem Gebiet der Zuständigkeiten der Mittelinstanz auf der Bezirksebene im Bereich der Polizei bewährt hat, oder sind Sie mit uns der Auffassung, daß das ein wichtiger Punkt ist, den man bei der sogenannten Evaluierung Ende 1996 durchdenken muß?

Stefan Frechen (SPD): Ja, da bin ich der Meinung, die Sie im letzten Teil Ihrer Frage formuliert haben. Wir müssen bei der Neuorganisation der Polizei, für die wir uns für den Herbst eine Evaluierung vorgenommen haben, auch darüber reden. Da bin ich völlig der gleichen Meinung wie Sie. Auch die Bündelungsbehörde, die Mittelinstanz Bezirksregierung, müssen wir in bezug auf ihre Aufgaben weiter untersuchen. Daran geht kein Weg vorbei.

Lassen Sie mich abschließend noch folgendes sagen: Auch wenn wir unterschiedlicher Meinung über die Mittelinstanzen sind, müssen wir doch gemeinsam darangehen, die Sonderbehörden des Landes zu untersuchen, ob sie in diesem Umfang noch notwendig sind; ob sie nicht zurückgeführt werden können, ob Aufgaben nicht auf die Ministerien oder auf die kommunale Ebene verlagert werden können. Wir müssen auch die Einrichtungen nach § 14 Landesorganisationsgesetz - LOG - daraufhin untersuchen, und nicht zuletzt müssen wir uns auch Gedanken über den Kommunalverband Ruhrgebiet und über beide Landschaftsverbände machen. Meine Damen und Herren, das müssen wir schnell tun, wir dürfen das nicht weiter auf die lange Bank schieben. Dafür werbe ich ganz eindeutig für Gemeinsamkeit der Fraktionen in diesem Hause, damit wir auf diesem wichtigen Feld weiterkommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf das Wort Herrn Kollegen Hammad von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilen.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf diskriminierende und zum Teil rassistische Äußerungen, die Brandanschläge wie etwa in Rostock oder Solingen möglich gemacht haben, möchte ich nicht eingehen, wohl aber möchte ich

eines feststellen: Ich habe heute zum ersten Mal in meinem Leben einen geistigen Brandstifter live erlebt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Karin Hussing [CDU]: Das ist ja unverschämt!)

Was die Diskriminierungsverbote im Polizeigesetz betrifft, kann ich nur eines erwähnen: Die Bundesregierung hat das Abkommen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung von 1966 ratifiziert. Damit hat sie sich auch verpflichtet, Antidiskriminierungsregelungen in ihre Gesetze einzugießen.

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen leistet damit eine Vorbildrolle für die Bundesregierung; und für die gesamte Gesellschaft ist es eine Art Gütezeichen für demokratische Kultur, Diskriminierungen zu bekämpfen und zu ächten. Darauf können wir - und auch auf unsere Polizei - stolz sein.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die Landesregierung hat seit Beginn dieser Koalition in der Innenpolitik eine Menge Gemeinsames auf den Weg gebracht. Damit wird die Liberalität in unserem Lande gestärkt, Sicherheit für alle Menschen geschaffen, und damit werden die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen vorangebracht. Das Kabinett hat in dieser Woche beschlossen, in der nächsten Woche dem Parlament Frau Bettina Sokol als neue Landesbeauftragte für den Datenschutz zur Wahl vorzuschlagen. Angesichts der neuen technologischen Herausforderungen und der damit verbundenen Gefahren für die Privatheit der Bürgerinnen und Bürger begrüßen wir außerordentlich, daß die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen dazu führen werden, auch die Stellung der neuen Datenschutzbeauftragten zu stärken.

Im Januar wurde der Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes eingebracht, mit dem in Zukunft zwei wesentliche Ziele erreicht werden sollen; Zum einen wird die Zentralisierung der nordrhein-westfälischen Bereitschaftspolizei fortgesetzt und verwirklicht. Damit wird es in Zukunft möglich sein, daß zum einen Einsatzhundertschaften ihre Einsatzfähigkeit bei Großveranstaltungen erhalten, zum anderen aber die Ausbildung und ihre Verfügbarkeit vor Ort besser genutzt werden kann. Wir sind im Zuge dieser Entwicklung auch darüber erleichtert, daß uns der Innenminister zugesichert hat, daß dort, wo aufgrund der Zusammenlegung von Einsatzzügen zu größeren

(C)

(D)

(Dr. Hammad [GRÜNE])

(A) Einheiten ein Personalvakuum zu entstehen droht, den betroffenen Polizeipräsidenten durch mehr Stellen ein Ausgleich geschaffen wird.

Die Haushaltsberatungen haben deutlich gemacht, daß die rot-grüne Regierung eine stabile Politik der inneren Sicherheit garantiert und daß sie nicht zu Lasten der öffentlichen Sicherheit Umverteilungen im Haushalt vornehmen wird. Ich will dies an dieser Stelle ganz klar sagen. Damit trete ich ausdrücklich Behauptungen entgegen, die in diesen Tagen allzu schnell und leichtfertig von Verbandsvertretern geäußert worden sind.

Wir stehen nach wie vor zu dem politischen Ziel, mehr Angestellte in den Polizeidienst einzustellen und damit Beamte von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten. Wir wollen hierzu in den kommenden Haushaltsberatungen für den Haushalt 1997 ein gemeinsames Konzept erarbeiten, das nicht allein auf die Anhebung von einzelnen Stellen zu Lasten der Einstellungsmöglichkeiten von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hinausläuft. Wir wollen vielmehr erreichen, daß mehr Angestelltenstellen geschaffen werden.

Es ist auch falsch, wenn die Gewerkschaft der Polizei in diesen Tagen behauptet, wir wollten von möglichen Einstellungsermächtigungen für die Polizei grüne Stellen abzwacken, um diese finanziellen Mittel dann den Bereichen der Hochschule und Wissenschaft zuzuschlagen. Ich weise diese Behauptung mit allem Nachdruck und aller Schärfe zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Richtig ist, daß 219 Stellen, die die Landesregierung unter anderem im Hochschulbereich geschaffen und erhalten hat, durch die Ausbringung von kw-Vermerken gedeckt werden. 78 kw-Vermerke davon betreffen auch das Innenministerium, jedoch nicht die Polizei. Ich erkläre ausdrücklich, daß wir die Ausbringung der kw-Vermerke bei der Polizei für ein falsches Signal in der Politik der inneren Sicherheit halten würden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Koalitionsparteien haben im Bereich der Polizeipolitik einen besonderen Wert darauf gelegt, daß die erfolgreichen Programme für bestimmte Zielgruppen, die in besonderem Maße von Gewalt betroffen sind, im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Dazu gehören neben den Aufklärungsmaßnahmen gegenüber rechtsextremistischen Gewalttäten ein weiteres Programm zur Prävention gegen antisichwule Gewalt. Der Haushalt sieht einen Ansatz von 300 000 DM zur Prävention gegen antisich-

wule Gewalt vor. Gewalt gegen Minderheiten - auch verbale Gewalt - gefährdet die gesamte Gesellschaft. Prävention ist das beste Mittel zur Gewaltbekämpfung. Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist es unverzichtbar, der antisichwulen Gewalt entschieden zu begegnen. Der Haushalt bietet einen guten Ansatz dafür, der modellhaft für die Bundesrepublik sein kann.

In diesem Haushalt werden weitere neue politische Signale gesetzt. Dabei denke ich vor allem an den Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern. Eine Erhöhung des Ansatzes für diesen Bereich auf 7 Millionen DM ist eine respektable Sache, die schon längst fällig war. Hier werden viele Versäumnisse aus der Vergangenheit gegenüber Opfern des Nationalsozialismus zumindest teilweise nachgeholt. Diese Anhebung soll nicht nur dazu beitragen, den Lebensabend der wenigen, die noch am leben sind, etwas komfortabler zu gestalten, sondern ihren Widerstand gegen das Naziverbrecherregime auf höchster Ebene zu würdigen.

Eine andere Minderheit, die unsere Solidarität verdient, ist die Gruppe der politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlinge. Sie kommen in der Hoffnung zu uns, ein menschenwürdiges Leben und Schutz zu bekommen. Die meisten von ihnen haben einen leidvollen Weg hinter sich. Es engagieren sich aber auch viele Menschen unseres Landes für ihre Belange; vor allem Menschen aus kirchlichen Kreisen stehen den Flüchtlingen unterstützend und beratend bei. Sie tun dies meist ehrenamtlich und opfern häufig ihre Freizeit. Sie beweisen damit, daß das Gebot der Nächstenliebe für sie keine Worthülse, sondern eine Verpflichtung ist. Ich möchte an dieser Stelle die Arbeit dieser Menschen würdigen.

Die vorgesehene finanzielle Förderung der sozialen Betreuung von Flüchtlingen in Höhe von 4,5 Millionen DM ist für diese engagierten Menschen ermutigend und beseitigt finanzielle Engpässe, unter denen ihre Arbeit leidet. Für die betroffenen Flüchtlinge stellt diese Maßnahme eine Kerze in der Dunkelheit der Asylgesetzgebung dar.

Um die Arbeitsfähigkeit des Flüchtlingsrates, der für die angesprochenen Initiativen koordinierend und vernetzend tätig ist, zu gewährleisten, ist der Aufbau einer Geschäftsstelle dringend erforderlich. Der Ansatz von 500 000 DM im Haushalt wird den angestrebten Aufbau ermöglichen und seine Arbeit verstärken.

(C)

(D)

(Dr. Hammad [GRÜNE])

- (A) Wir begrüßen die Anhebung der Betreuungspauschale für Flüchtlinge von derzeit 30 DM auf 40 DM monatlich. Diese Erhöhung ist einerseits eine finanzielle Entlastung für die Kommunen, andererseits trägt sie zur sozialen Stabilisierung der Flüchtlinge bei. Es ist sehr wichtig, darauf zu achten, daß die Pauschale in voller Höhe sachgerecht und nicht zweckentfremdet - etwa zur Stopfung von Finanzlöchern mancher Kommunen - verwendet wird.

Alles in allem signalisiert dieser Haushalt die Bereitschaft, einen Teil der Folgen des Asylkompromisses im Ansatz zu mildern. Damit keine Mißverständnisse im Raum bleiben, möchte ich für meine Fraktion folgendes betonen: Unser Ziel bleibt nach wie vor die Wiederherstellung des Rechtes auf Asyl für politisch Verfolgte, ohne daß sie dabei Leib und Leben aufs Spiel setzen müssen, um von diesem Recht Gebrauch machen zu können. - Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Hammad, darf ich Sie bitten, noch einen Augenblick hier zu bleiben. - Sie haben im ersten Teil Ihrer Rede die Bemerkung "Ich habe heute einen geistigen Brandstifter erlebt." gemacht. Bezog sich diese Aussage auf ein Mitglied dieses Hauses?

(B)

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE): Sie bezieht sich auf ein Mitglied des Landtags, das in diesem Hause ausländerfeindliche Aussagen gemacht hat.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Dann muß ich Ihnen hierzu einen Ordnungsruf erteilen, denn diese Bemerkung ist nicht statthaft.

Im übrigen habe ich gesagt, daß die Äußerungen, die der Kollege Paus eben gemacht hat, anhand des Protokolls überprüft werden. Aber auch diese würden es nicht rechtfertigen, daß Sie sich in diesem Sinne hier äußern. Es bleibt also bei diesem Ordnungsruf. - Danke schön.

(Zuruf des Jamal Karsli [GRÜNE] - Gegenruf der Karin Hussing [CDU]: Das ist eine Unverfrorenheit! Das ist unverschämt!)

Ich erteile Herrn Minister Kniola das Wort.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedauere es ganz außerordentlich, daß die Vorlage der Kriminalitätsstatistik - Herr Kollege Paus, vielleicht würden Sie freundlicherweise zuhören, weil ich gerade zu dem spreche, was Sie angesprochen haben - in einer Form, die auf der Innenministerkonferenz einvernehmlich vereinbart worden ist, dazu führt, daß man hier mit Zahlen mal so und mal so polemisiert. Ich hoffe sehr, daß es uns gemeinsam gelingt, mit diesen Zahlen, die in differenzierter Form vorgelegt wurden, auch verantwortungsvoll umzugehen. Ich appelliere wirklich an alle Mitglieder dieses Hauses.

(C)

Zweitens! Herr Kollege Paus, Sie haben die Frage der Umsetzung der Gutachten angesprochen. Herr Kollege Stefan Frechen hat schon darauf hingewiesen, daß wir uns bezüglich der allgemeinen Organisationsveränderung, die mein Amtsvorgänger vorgenommen hat, darauf verständigt haben, im Herbst dieses Jahres eine Evaluierung vorzunehmen. Sie wissen, daß in einer Reihe von Kreispolizeibehörden zur Zeit nicht unerhebliche Unruhe dadurch entstanden ist, daß wir die belastungsbezogene Kräfteverteilung einschließlich der Frage der Umorganisation im Bereich der Bereitschaftspolizei bzw. der Einsatzhundertschaften umsetzen.

(D)

Ich muß klar und deutlich sagen: Ich möchte nicht, daß die Polizei ausschließlich mit Fragen der Umsetzung von Gutachten beschäftigt ist, sondern daß sie auch noch Zeit für die Wahrnehmung ihrer eigentlichen Aufgaben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen habe ich klare und deutliche Vereinbarungen mit allen Behördenleitern und auch mit den Vertretern der Polizeigewerkschaften getroffen, daß wir wegen der Nichtgleichzeitigkeit der Umsetzung der unterschiedlichen Gutachten zu einer zeitlichen Entzerrung kommen und daß wir mit den Fragen der Umsetzung des WIBERA-Gutachtens im Wach- und Wechseldienst und der Umsetzung des Kienbaumgutachtens in der zweiten Hälfte dieses Jahres beginnen werden. Dies ist von allen akzeptiert worden, und alle haben die fachlichen Argumente, die ich dafür vorgelegt habe, ausdrücklich gewürdigt. Sie haben ferner anerkannt, daß dies ein Zeitraum ist, der dazu beiträgt, daß es nicht zu Beeinträchtigungen der eigentlichen Arbeit kommt.

(Minister Kniola)

- (A) Herr Abgeordneter Paus, Sie haben einen Punkt angesprochen, der im Sachverhalt so nicht zutreffend dargestellt ist. Sie haben nämlich gesagt, daß im Bereich des Innenministeriums, also dem Ministerium als Behörde selbst, keine stellenplanmäßigen Konsequenzen aus Organisationsgutachten gezogen werden.

Das ist offensichtlich falsch. Sie sagen damit etwas, was Sie bei einem Blick in den Haushaltsplan als eindeutig anders erkennen würden. Wir haben Stellenabsetzungen im Haushalt 1996 bereits realisiert, und wir haben - so, wie es das Organisationsgutachten auch ergeben hat - weitere Stellen im Ministerium als Behörde mit kw-Vermerken versehen. Wir sagen ganz klar und eindeutig: Hier gibt es keine unterschiedliche Behandlung, nach dem Motto, daß die nachgeordneten Behörden mit Organisationsgutachten getriezt werden, Konsequenzen zu tragen haben und sich das Ministerium fein zurückhält. Ich habe im Gegenteil stets argumentiert, daß das nur gehen kann, wenn wir an der Behördenspitze als Vorbild vorangehen und selbst auch Konsequenzen aus Organisationsgutachten tragen.

- (B) Kollege Paus, Sie haben dann die Arbeit der Härtefallkommission angesprochen. Kollege Frechen hat schon darauf hingewiesen, daß wir gemeinsam ein sehr differenziertes Verfahren verabredet haben, was das Verhältnis zwischen Petitionsausschuß und Härtefallkommission angeht. Ich habe Ihre Grundeinlassung so verstanden, Herr Paus, daß alles gesetzlich geregelt und daß kein Spielraum mehr vorhanden sei.

Darauf entgegne ich: Ich brauche mir nur einmal die vielen Briefe anzuschauen, die ich von Mitgliedern aller - ich betone ausdrücklich: aller - Fraktionen dieses Hauses erhalte, die ich von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen bekomme. Frau Kollegin Wischermann, die Vorsitzende des Petitionsausschusses und CDU-Abgeordnete, hat mir berichtet, wie oft sich Einzelschicksale nicht unter Paragraphen subsumieren lassen.

Man muß doch wenigstens respektieren, daß 1992 nach der Verabschiedung des Asylkompromisses ein aus meiner Sicht wichtiger Sachverhalt entfallen ist, nämlich die Möglichkeit der Entscheidung im Einzelfall, die auch einmal von dem abweichen kann, was - ich sage es einmal so - den Normen des Gesetzes entspricht, weil sich ein Einzelfall diesen Normen nicht unterordnen läßt.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn es im Rahmen der zur Zeit laufenden Gespräche in der Innenministerkonferenz gelingen könnte, Regelungen für solche Fälle zu schaffen; denn diese Probleme haben alle. Es ist kein parteipolitisches Problem, schon gar nicht ein Problem, das man den GRÜNEN zuordnen könnte. (C)

Ich kann nur sagen: Das sind wirklich Stellungnahmen, die mich von allen Seiten und von allen gesellschaftlichen Gruppen, in starkem Maße auch von kirchlichen Gruppen erreichen. Ich würde mir sehr wünschen, wenn hier alle dazu beitragen, daß ein kleines Stückchen menschlicher Entscheidungsmöglichkeit eröffnet werden könnte, egal ob in der Härtefallkommission, beim Minister oder bei einer anderen neutralen Instanz; darüber könnte man fachlich streiten, nicht aber darüber, daß wir ein Türchen öffnen sollten, das wir nicht in dem Glauben leben dürfen, alles ließe sich in Schemata pressen. Ich denke, die Sache wäre einer gemeinsamen Anstrengung wert. Ich hoffe sehr, daß Sie insoweit nicht anderer Auffassung sind als die Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuß.

Ich möchte gern noch zwei Bemerkungen zum Haushalt machen; denn der ist in Ihrer Rede erstaunlicherweise so gut wie gar nicht angesprochen worden. Wenn man gehört hat, was Sie zur Erhöhung der Präsenz der Polizei gesagt haben, fragt man sich natürlich: Wo sind denn die entsprechenden Anträge der CDU? - Ich kann nur feststellen, daß es Anträge auf Stellenerhöhung nicht gibt. (D)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Ja, gern.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte, Herr Kollege Paus.

Heinz Paus (CDU): Herr Innenminister, können Sie ein gewisses Verständnis dafür entwickeln, daß wir, nachdem wir zehn Jahre lang Anträge in diese Richtung gestellt haben, die jeweils mit guillotinartiger Geschwindigkeit abgelehnt wurden,

(Paus [CDU])

- (A) nun nicht mehr die Auffassung vertreten, wir sollten zur zweiten Lesung noch Detailanträge einbringen?

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Dann wundert es mich, daß Sie überhaupt Anträge eingebracht haben. Entweder stimmt Ihre Behauptung, daß es sich nicht lohnt, oder es stimmt die Behauptung, daß man Anträge vorlegen sollte. Es gibt jede Menge Anträge, und ich kann nur sagen: Offensichtlich war es Ihnen im Vergleich zu anderen Anträgen, die vorliegen, nicht der Mühe wert, sich hier zu engagieren.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es einen interessanten Detailvorgang, den ich sehr spannend finde. In der Fraktion der GRÜNEN wurde schon früh die Überlegung angestellt, die Bereitstellung der Mittel für die Fortbildungsakademie in Herne um ein Jahr zu verschieben. Als ich zum ersten Mal davon hörte, habe ich das im Innenausschuß gleich angesprochen und gesagt, daß ich die Fortbildungsakademie in Herne vor allen Dingen wegen ihrer ökologischen Ausgestaltung mit Solaranlagen für ein wichtiges Projekt auch für diese Koalition halte. Darauf hat das in den Haushaltsberatungen keine Rolle mehr gespielt; dieser Antrag war vom Tisch. Frau Kollegin Hussing hat damals im Innenausschuß sehr an meiner Seite gestritten und die Fraktion der GRÜNEN heftig angegriffen. Und dann lese ich voller Interesse, was im Haushalts- und Finanzausschuß passiert ist: Ausgerechnet die CDU-Fraktion beantragt zum Haushalt 1996 die Streichung der verbliebenen 6,2 Millionen DM, die für einen Baubeginn in diesem Jahr fachlich erforderlich sind.

(B)

(Roland Appel [GRÜNE]: So sind sie!)

Frau Kollegin Hussing, haben Sie denn nicht wenigstens einmal Rücksprache mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuß genommen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es kann doch wohl nicht sein, daß man im Innenausschuß so argumentiert und dort, wo es darauf ankommt, anders verfährt. Ich finde das außerordentlich bedauerlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Frank Baranowski [SPD]: Das ist eine Geradlinigkeit! - Minister Franz-Josef Kniola verläßt das Rednerpult. - Karin Hussing [CDU]: Ich hatte mich zu einer Zwischenfrage gemeldet!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Das kann ja sein. Aber, Frau Kollegin Hussing, wer immer hier auch redet, ich kann ihn nicht nach dem ersten Wort eines Satzes gleich fragen, ob er eine Zwischenfrage beantwortet.

(C)

(Karin Hussing [CDU]: Der wußte genau, was kam! Deswegen ist er gegangen! - Heiterkeit)

- Dann war ja die Kommunikation ohnehin hergestellt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratungen des Einzelplans 03; ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ihnen liegt die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/803** vor. Wer dieser seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Regierungsfaktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe Nummer 5 auf:

Gemeindefinanzierungsgesetz 1996

(D)

Ich weise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/817** hin. Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Leifert für die Fraktion der CDU das Wort.

Albert Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kommunen dieses Landes haben ein verfassungsrechtliches Anrecht auf einen angemessenen Anteil an den Landessteuereinnahmen. Diesem Anspruch wurde der eingebrachte Regierungsentwurf des GFG 1996 nicht gerecht. Das war die eindeutige Feststellung aller Experten.

Was ist denn seit dem während der Beratungen geschehen? - Verändert hat sich einiges, verbessert hat sich nichts, lediglich der Mangel wird umverteilt.

Hohe Ansprüche hatte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung an Landesregierung und Koalition gestellt. Ich zitiere:

"Mit der neuen GO haben wir auf viele Vorgaben verzichtet. Wir stellen den Kommunen die Mittel für wichtige Aufgaben ohne komplizierte Anträge oder Nachweise zur Verfügung. Wir